

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

18.12.1922 (No. 295)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Festsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Festsprecher:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. u. d.  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Dezember 550 M. — Einzelnummer 20 M. — Kassegebühren: 18 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertretung und Kaufverweigerung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Anstrengung, Mißbrauch, Verletzung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Kanonenversorgung.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den Anträgen der Württembergischen und Bayerischen Regierung, die Belanntmachung über Abstemplung der Versandpapiere bis auf weiteres bestehen zu lassen, nicht entsprochen; die zuständigen Behörden dieser Länder wurden vielmehr ersucht, die Außerkraftsetzung der bisherigen Versandregelung baldmöglichst in die Wege zu leiten. Damit sind die Schwierigkeiten für Baden beim Kartoffelbezug aus Württemberg und Bayern beseitigt.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Berichtswache weiter verschlechtert. Das zeigt sich schon in der Zunahme der unterstehenden Erwerbslosen um rund 150. Die Zahl der Arbeitssuchenden wird durch Zugang aus den Kleinrentner- und selbstständigen Handwerkerkreisen vergrößert, während offene Stellen nur noch in verschwindendem Maße zur Anmeldung gelangen. Von einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften kann nur noch bei dem weiblichen häuslichen Dienstpersonal gesprochen werden, obgleich sie auch hier teilweise nicht mehr so stark ist wie bisher.

Die Landwirtschaft zeigt das zu dieser Jahreszeit übliche Bild des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage.

Die Lage in der Metallindustrie muß mit Ausnahme der Schwarzwalder Uhrenindustrie, die noch gut beschäftigt ist und Mangel an Facharbeitern hat, als ungünstig bezeichnet werden. In der Porzellan- und Keramikindustrie arbeiten 8 Firmen infolge Mangels an Aufträgen nur beschränkt, wovon 256 Männer und 41 Frauen betroffen wurden. In der Papier- und Lederindustrie ist es infolge Rohstoffmangels verschiedentlich zu Betriebsbeschränkungen gekommen.

Das Überangebot an Weizen besteht in Nahrungsmittelgewerbe fort. Sehr schlecht ist auch die Lage im Tabakgewerbe infolge der Tabaksteuer und Kohlenpreiserhöhung. Schlechte Unterbringungsmöglichkeiten bestanden weiter für Schuhmacher.

Infolge des einziehenden Frostwetters wurden die Bauarbeiten größtenteils ausgeföhrt, was auf den Arbeitsmarkt entsprechend ungünstig zurückwirkte.

Im Vertriebs- und auch im Handelsgewerbe ist die Lage unverbessert ungenügend. Unter den Angestellten wurde die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere durch die Entlassungen wegen Abbaus bei staatlichen und städtischen Stellen erhöht.

Betriebsbeschränkungen (Arbeitszeitverkürzung) erfolgten wegen Arbeitsmangel, Absatzrückgang, Sparmaßnahmen usw. bei 13 Betrieben. Es wurden davon insgesamt 448 Männer und 652 Frauen betroffen.

### Tschechen, Deutsche u. Polen.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Einige deutsch-böhmische Politiker haben durch ihre allzu lebhaften Temperament der tschechischen Presse Wasser auf die Mühlen geleitet. So der Abgeordnete Lodgmann, der im Parlament eine heillospurnige Rede hielt und der Abgeordnete Kalina, der in Pilsen sagte, die deutsch-böhmische Frage werde blutig gelöst werden. Tschechische Heftblätter vom Schlage der „Narodni Listy“ benutzen mit Worten diese Gelegenheit, um den deutschen „Hochverrat“ festzunageln und vor dem Völkerverbund darzutun, wie wenig die deutsche Minderheit in Böhmen der bekannten die Loyalität der Minderheiten fordernden Entschlieung des Völkerverbundes Rechnung trage. Die Tschechen treiben dabei das falsche Spiel, die Deutschen allesamt in einen Topf zu werfen. Tatsächlich haben deutsche Blätter die das Maß überschreitende Rede des Abgeordneten Lodgmann ausdrücklich gemißbilligt und der Abgeordnete Dr. Medinger ist infolge der Haltung Lodgmanns aus der deutschnationalen Partei der Tschecho-Slowakei ausgetreten.

Im Gegensatz zu „Narodni Listy“ und Konferenzen wertet die „Tribuna“ das Vorgehen Dr. Medingers als Beweis der Besonnenheit und der Loyalität eines Teiles der deutsch-böhmischen Bevölkerung und verspricht, daß die tschechische Majorität und die Regierung es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen würden.

Von diesem Entgegenkommen ist nun freilich nichts zu merken. Der von den nationalen Minderheiten und anderen Mitgliedern der Opposition im Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses von 24 Mitgliedern, der binnen 3 Monaten Gesekentwürfe über die rechtliche Stellung im Einde lebenden Nationalitäten ausarbeiten hätte, ist sofort von der tschechischen Presse scharf angegriffen und als verfassungswidrig bezeichnet worden, obwohl im Jahre 1900 von tschechischen Abgeordneten ein ganz gleicher Antrag im österreichischen Reichsrat

eingebracht worden war. Nach der Haltung der tschechischen Presse kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Mehrheit den Antrag ablehnen wird.

Als Ausfluß deutschfreundlicher Gesinnung kann es auch nicht gerade betrachtet werden, daß die tschechische Presse in der Deeparationsfrage sich fast durchweg zum Sprachrohr der bekannten französischen Auffassung macht und nach Kräften gegen Deutschland hegt. Das Ausland dürfe Deutschland, dem in jedem Augenblick der Ausbruch des Bürgerkrieges drohe, in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen kein Vertrauen entgegenbringen, die von Frankreich geforderte strenge Finanzkontrolle sei gerechtfertigt usw. Daß diese Gesinnung gegen das Deutsche Reich auch die Deutsch-Böhmen beriebt, liegt auf der Hand.

Die Tschechen haben umso weniger Grund zu ihrer ausgesprochenen Feindseligkeit gegen Deutschland und die Deutschen, als ihr Verhältnis zu Polen sich in den letzten Monaten andauernd verschlechtert hat. Auf der einen Seite ist es die bekannte Grenzfrage im Karpatengebiet, welche die Beziehungen zwischen beiden Ländern trübt, auf der anderen hegt man in der Tschecho-Slowakei gegen Polen den Verdacht, die überragende Stellung der Tschecho-Slowakei innerhalb der Kleinen Entente untergraben zu wollen und schließlich ist man hier tief getränkt über tschechenfeindliche Artikel polnischer Blätter, beispielsweise des „Dziennik Poglanski“, der einen künftigen Krieg zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Dabei haben noch vor wenigen Monaten die polnischen Blätter Polems scharf gegen die tschechenfeindliche Haltung der polnischen Presse Krakaus frontal gemacht. Daß sie jetzt in daselbe Horn stoßen wie die Krakauer Presse zeigt den Stimmungswandel, der sich in Polen gegenüber den Tschechen vollzogen hat und sollte den Tschechen eine freundlichere oder zum mindesten vorsichtigere Haltung gegenüber den Deutschen nahelegen.

### Es gährt im elsässischen Volke!

Ein elsäß-lothringischer Skandal in der französischen Kammer.  
Von Dr. Robert Ernst.

Es gärt im elsässischen Volke! Es ist hier eine Volksbewegung im Werden, auf deren Ernst wir die verantwortlichen Stellen in Straßburg und Paris aufmerksam machen. Das Steinchen, das auf schneidiger Felswand im Rollen ist, kann zur verheerenden Lawine werden. So schreibt die Straßburger Zeitung „Der Elsäßer“ in ihrem Beilagesatz vom Montag, den 4. Dezember. Was ist geschehen? In der französischen Kammer wurde am Samstag, den 2. Dezember, das Budget von Elsäß-Lothringen verhandelt. Bei dieser Gelegenheit ergriff der elsässische Abgeordnete Michel Walter, ein Vertreter der größten elsässischen Partei, der republikanischen katholischen Volkspartei, das Wort, um den Wünschen des elsässischen und des größten Teiles des lothringischen Volkes Gehör zu verschaffen. Die elsäß-lothringischen Deputierten haben es recht lang vertrieben, all die Klagen, die man im Elsäß und in Lothringen gegen Frankreich zu hören bekommt, in der französischen Kammer zur Sprache zu bringen. Im vorigen Jahre hatte der elsässische Abgeordnete Scheer ziemlich deutlich über die unerfreulichen Zustände im Elsäß und in Lothringen berichtet. Dann aber wurde es still aus dem begreiflichen Grunde, weil diese Klagen der „befreiten Völker“ vom französischen Volk sehr ungenügend vernommen werden. Und da nun einmal die heutigen elsäß-lothringischen Abgeordneten entweder aus Überzeugung französisch gesinnt oder doch seit November 1918 aus taktischen Gründen den französischen Patriotismus für sich gepachtet haben, so ließen sie sich lieber als „befreite Völker“ feiern und vernachlässigten die Interessen ihres Volkes. Nun aber nahen die Wahlen und sie fühlen, daß mit einer patriotischen Seite im Elsäß-Lothringen kein Grund mehr hinter dem Ofen hervorgerockt werden wird. Das Volk, das im Jahre 1919 nach der gewaltigen Umwälzung noch völlig verwirrt war und sich auf Geduld und Weidert mit Frankreich verbunden sah, ist von dem künstlich aufgemachten patriotischen Kummel für die „mere patrie“ aufgewacht und verlangt nach Erhaltung seines eigenen Lebens. Angeheuer ist die Verbitterung gegen die Franzosen gewachsen, die die elsäß-lothringische Selbstverwaltung in Stücke schlagen, die gegen den oft ausgesprochenen Willen der Bevölkerung mitten im deutschsprachigen Lande die französische Sprache zur Allein herrscherin gemacht haben, die auf Schritt und Tritt die Elsäßer und Lothringer, die Beamten, die Lehrer und Vertreter aller Stände gegenüber den Innerfranzosen benachteiligen. So hat sich der Abgeordnete Michel Walter entschließen müssen, in der französischen Kammer zu verlangen, daß das Generalkommissariat der in seinen Rechten beschränkten Statthalterhaft, daß der Conseil Consultatif, der in seinen Rechten noch beschränktere Nachfolger des ehemaligen elsäß-lothringischen Landtages, vorläufig beibehalten werden, daß die deutsche Sprache neben der französischen wieder zu ihrem Rechte komme, und so manches andere, was einem Franzosen von Herzen zuwider ist. Und welche Antwort hat er erhalten? Der Innerfranzose, der Sozialist Uhr sprach ihm die Kompetenz ab, in elsäß-lothringischen Dingen,

so rein französischen Angelegenheiten (!), mitzusprechen, bezichtigte ihn Spionagedienste für die Deutschen und schleuderte ihm die Beschönigung entgegen: „Sie sind ein Boche, sale boche!“ Dies geschah einem Manne, der nach dem Waffenstillstand mit verbüßender Frigidität zu einem glühenden Patrioten wurde, der schon nach 3 Monaten als Lehrer seine Schüler nur noch französisch unterrichtete, trotzdem er bis zum Jahre 1918 kein Wort französisch gekannt hat! Ob die Elsäßer aus diesem Vorkommnis eine Lehre ziehen werden? In es nicht selbstverständlich, daß Frankreich zu ihnen kein Vertrauen haben kann? Werden Menschen, die wie Michel Walter, eigenes Wesen, eigene Sprache Fremden opfern, jemals Mäßigung einflößen können?

Dieses Ereignis in der französischen Kammer hat einem Sturm der Entrüstung in Elsäß-Lothringen hervorgerufen. Und die Bewegung ist umso tiefgehender, als jeder einzelne es Tag für Tag erlebt, wie er von den Franzosen als lästiger Ausländer behandelt wird. Es tritt hinzu, daß ausgerechnet an diesem gleichen 2. Dezember das elsäß-lothringische Selbstbewußtsein einen weiteren schweren Schlag erhielt. Es sollte in Straßburg der lang erwartete große Verteidigungsprozeß stattfinden, den die gesamte Beamten- und Lehrerschaft gegen den Herausgeber des Straßburger Standaiblattes „Le Cri de Strasbourg“, gegen den Soprana angestrengt hatte, um diesen Heber, der täglich die Elsäßer und Lothringer als lästige Kantonsisten hinstellt, an den Pranger zu stellen. Mit Hilfe der dafür geschickt angelegten Prozeßordnung konnte dieser Prozeß auf 3 Monate verlagert werden! Die Straßburger „Republique“, schreibt dazu: „Dies Verlegen unserer Zeitung in einer Affäre, in der sozusagen die Entrüstung der ganzen Bevölkerung unseres Landes zum Ausdruck gekommen ist, wird überall peinliche Kommentare — um nicht mehr zu sagen — hervorrufen. . . Beschimpfung der elsässischen Volkvertreter, Beschimpfung der elsässischen Beamtenvertreter! Woche in Paris, Woche in Straßburg! Die Rolle des Aschenbröckels geht weiter!“

Im Budget für Elsäß-Lothringen sind 150 000 Franken — 90 Millionen Papiermark — ausdrücklich festgesetzt für „Subvention und Unterstützung für Veröffentlichungen, Vorstellungen und Manifestationen, die ein nationales Interesse haben“. Nun wissen wir, wie man in Elsäß-Lothringen „französischen“ Patriotismus pflüchtet. Aber dieses Kunstgebilde wird vom naturhaften elsässischen und lothringischen Stammesbewußtsein und Heimatgefühl in Trümmer geschlagen werden.

### Politische Neuigkeiten.

#### Ermordung des neuen polnischen Staatspräsidenten.

Eine Haas-Nachricht aus Warschau besagt, daß der Präsident der Republik Polen, Karutowicz, bei dem Besuch einer Kunstausstellung am Samstag ermordet wurde.

Der neue Staatspräsident Polens, Karutowicz, ist Samstag mittag 1 Uhr einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Als er im Begriffe war, die Kunstausstellung Sakhenta zu eröffnen, fielen drei Schüsse, die ihn tödlich verletzten, so daß er nach wenigen Minuten verschied. Der Attentäter heißt Mielobomski, ist über 50 Jahre alt, von Beruf Kunsthändler und war vor einiger Zeit Beamter im Kultusministerium. Es heißt, daß er vor zwei Jahren einen Straßenbahnunfall erlitten habe, und seit dieser Zeit an geistigen Störungen leide. Die Bevölkerung in Warschau ist sehr erregt. Der Sejm-Marschall hat sich sofort zu Bilubski begeben. Außerdem wurde der Belagerungszustand verhängt.

Mit raffinierter Verlegung hat die Rechte die in Polen reichlich vorhandenen antisemitischen Intimité benutzt, um den ganzen Haß, der die Juden trifft, auf die gesamten Minderheiten und damit auch auf die Linksparteien übertragen zu können. Der maßlose Haß übertrug sich auch auf Karutowicz, der zum Judenpräsidenten gestempelt wurde. Er wurde zum Deutschenfreund und noch mehr zum Vertreter Polens an Deutschland ausgerufen, weil er 1917 in einem Briefe an die „Neue Zürcher Zeitung“ dargelegt hatte, daß Deutschland mehr von Deutschland und Österreich erhalten könne als von der Entente, die bis dahin nur Versprechungen gemacht habe. Trotzdem war der Ermordete ein absoluter Pole und in einer längeren Unterredung, die wir vor einigen Wochen mit ihm hatten, machte er aus seinem rein polnischen Standpunkt nicht den geringsten Pehl. In der ersten Zeit seiner Tätigkeit als Minister des Äußern hat er zum Beispiel in den Danziger Fragen eine schärfere Stellung eingenommen als sein Vorgänger.

Bergangenem Donnerstag hatte Karutowicz sein hohes Amt übernommen und war offiziell im Belvedere eingezogen. Freitag spät hatte er den Arbeitsminister Darowski mit der Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts von Fachministern beauftragt. Samstag begab er sich um 12 Uhr zu einer der periodischen Kunstausstellungen im Sakhenta-Palast in Warschau, wo bereits der bisherige Ministerpräsident und andere Würdenträger anwesend waren, als der etwa 55jährige Maler Mielobomski sich an ihn herandrängte und rasch drei Schüsse auf den Präsidenten abgab, die ihn sofort töteten. Der Mord wurde erst zwei Stunden später in der Stadt bekannt, wo gerade in unendlichen Reihen der Leichenzug, der bei den Schießereien am Montag gefallenen Arbeiter durch die Straßen zog. Unter dem Eindruck der Mordtat herrschte bei den vielen Kaufenden auf der Straße, die entblößten Hauptes voranzogen oder Spalier bildeten, tiefes Schweigen, das erhebender wirkte als jede laute Kundgebung. Schon am Morgen waren Drohbriefe im Belvedere eingetroffen.



Das neue Kabinett.

Nach der polnischen Telegraphenagentur übernimmt General Storki in dem neuen Kabinett den Vorsitz und das Ministerium des Innern.

Fortsetzung der Reparationspolitik.

Im Reichsfinanzministerium begannen Samstag vormittag die bereits angekündigten Besprechungen mit den Vertretern der Industrie und der Finanzwelt über die Möglichkeiten für die Fortführung der Reparationspolitik.

Der deutsche Schritt in London war trotz seiner formalen Erfolglosigkeit doch nicht ohne Wert geblieben. Nach der Zurückhaltung der nach London gerichteten Vorschläge durch die Bewertung, die er von der alliierten Konferenz erfahren hat, ist noch nicht ohne weiteres erledigt.

Deutscher Reichstag.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden sozialdemokratischen Interpellationen wegen des Schulaußsichtgesetzes in Bayern und über das Urteil im Hardenprozess werden gemäß Mitteilung der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist ihre Erledigung finden.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung der Gerichtsverfahren. Der Entwurf enthält neben der Erhöhung der Gebühren auch die Bestimmung der Vorauszahlung.

Abg. Dersfeld (Komm.) behauptet, daß die Justiz in Deutschland zu einer Barre geworden sei, die voraus bezahlt werden müsse. Man dürfe doch die Justiz nicht als eine lediglich wirtschaftliche Angelegenheit ansehen.

Das Gesetz wird sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes haben die Sozialdemokraten aufs neue ihren Antrag auf Herabsetzung der 10prozentigen Steuergrenze auf 1 Million und für eine anderweitige Staffelung wieder eingebracht.

Bei der dritten Beratung des Zwangsanleihegesetzes erklärt Abg. Dr. Ferry (Soz.), daß, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form Laftzack werde, es absolut unzulänglich sein werde. Das sei aber die Schuld der bürgerlichen Parteien, die seinerzeit die Spekulation nicht gebindert hätten.

Landestheater.

Christkindens Märchenbuch.

Ein Weihnachtsmärchen mit Musik und Tanz in fünf Bildern von Ulrich v. d. Trend-Ulrici. Ein Weihnachtsstück für die Jugend — doch nicht das Weihnachtsstück. Ein Märchenbuch — weil die Märchen durcheinanderpurzeln, funkeln die Figuren vom Hockappchen zum Schneewittchen, von Frau Holle — die gerne Monologe hält — zum Traumengel, von dem Großmutterle, das sich ein Schwein als Weihnachtsgeßent wünscht bis zum Petrus, mit dem verdickelten Himmelsschlüssel, vom Mann im Mond bis zu Ludwig Richter, der bald nicht mehr weiß, ob er Lehrer oder Maler ist, von Hänsel und Gretel zum gemütlichen Weihnachtsmann, von Puppen zu Feen, vom Traumengel bis zum Doornröschen — ach, noch lange sind die Figuren nicht erschöpft.

Da muß es schon vorkommen, daß einzelne der zahlreichen Märchenfiguren Stofflage stehen müssen (A. B. im Märchenwald) und die sonst handelnden Personen zu Statisten oder zum „Chor“ herabgedrückt werden. Dieselbe Gezwungenheit beobachtet der Kritiker auch im letzten Bild, nachdem die Geschichte dieser einzelnen Märchenhelden dem träumenden Christkindchen, das Fräulein Hedwig Hermann allerbüßig spiele, übergeben sind.

Das Christkind sprach und spielte Kannelise Bornhagen, zugleich auch eine angenehme Erscheinung, mit viel lieblichem Ausdruck, Sofie Pfad die Rolle des Traumengels. U. v. d. Trend-Ulrici hatte im verschneiten Wald und im Dorfzimmer die Rolle des Lehrers, im Himmel die Rolle Ludwig Richters übernommen.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten erklärt Abg. Schulz-Dröbner (Dt. Nat.), daß seine Partei das Gesetz ablehne. Das Gesetz wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Beim 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan fragt Abg. Vesterich (Dt. Nat.), ob die Riesensumme, die der Etat aufweise, tatsächlich alle Kosten decke, oder ob die Geldbeträge von jährlich 1,8 Milliarden Mark für die Besatzungstruppen noch dazu kämen. Unsere Reichswehr und die Marine hätten uns nicht den dritten Teil davon gelöst.

Staatssekretär Bass: Die Besatzungskosten sind nach einem Abkommen unter den Alliierten mit Wirkung vom 1. August 1922 auf den jährlichen Höchstfuß von 220 Millionen Goldmark festgesetzt worden. Für das Jahr 1922 liegen uns Teilzahlungen nicht vor, jedoch ist die Lieferung von Rohvorwürfen gefordert worden. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Die einzelnen Etats werden darauf nach den Beschlüssen der bisherigen Lesung angenommen, darunter die Genehmigung über Schaffung einer zweiten Kontre-Admiralsstelle für die Reichswehrmarine.

Bei der Abstimmung zum Zwangsanleihegesetz wird der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung einer Goldlausel mit 182 gegen 136 Stimmen abgelehnt, in der allgemeinen Abstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag Hoffmann-Ludwigshafen (Centr.), den Kirchengemeinden, welche ihre Glöden während des Krieges opfern mußten, beim Rücktransport ihrer Glocken Frachtfreiheit zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Ein Antrag Hammer (Dt. Nat.) will den Verkauf und Ankauf von Aktienlosen konfiszieren. Statt Ankauf soll die Bezeichnung „Kleinhandel“ gesetzt werden. Ein Regierungsvertreter bemerkt dazu, daß im Reichswirtschaftsministerium bereits Ausführungen zu dieser Gegenstand in Angriff genommen sind, die in erster Linie den Erlaubniszwang bedingen und schwere Strafe für Jünderhandeln vorsehen. Der Antrag Hammer wird angenommen.

Nachdem der Rest der Tagesordnung beendigt ist erledigt worden, bittet Präsident Loebe um die Berechtigung, die nächste Sitzung zwischen dem 10. und 17. Januar einberufen und die Tagesordnung festsetzen zu dürfen. Er entläßt das Haus mit den besten Wünschen für die Feiertage.

Im letzten Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall, als sich auf der Zuschauertribüne ein Mann erhebt und ruft: Herr Präsident, ist es erlaubt, daß hier ein Mann aus dem Volke ein Wort spricht! Auf einen Wink des Präsidenten wird der Mann entfernt. Schluß nach 2 Uhr.

Die neuen Beamtengehälter.

In den Verhandlungen, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium zur Festsetzung der Dezembereinzahlungen der Beamten geführt wurden, erfuhr der Feuerungsanspruch für die Zeit vom 1. bis 16. Dezember eine Erhöhung um 64 auf 174 Prozent und für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember eine weitere Erhöhung um 68 auf 232 Prozent. Die Frauenzulage wurde auf 8500 Mark erhöht.

Die Nationalsozialisten.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, das Organ der regierenden Partei des Landes, schreibt über die Nationalsozialisten, die sich unter ihrem Führer, Hitler, in München breit machen:

Man gehe einmal in die Ollter-Versammlungen, die zu einer gewissen Modefrage in München geworden sind, hinein und beobachte, was am stärksten auf die Masse wirkt. Weniger der Appell zur stillen, schaffenden, aufbauenden Arbeit an unserer nationalen Zukunft, sondern ohne Zweifel die maßlose, schrankenlose, alles herunterreisende Kritik an der Gegenwart. Es wird hemmungslos geschimpft auf alle diejenigen, die zur Zeit das Heft in den Händen haben. Das zieht, und macht die Sache in erster Linie populär. Das prädelnde der revolutionären Phrase in einer neuen Aufmachung, der Schrei nach der Aktion, die die Befreiung vom Elend bringen soll, hat dem Nationalsozialistenführer eine Gemeinde geschaffen, in der sich viele, viele befinden, die einst dem Volksredner Eisner an den Rippen hingen und ihm gefolgt sind. Nicht etwa innere Umkehr und Gefinnungswechsel hat sie in das andere extreme La-

ger geführt, sondern viel eher eine gewisse Gleichartigkeit des Milieus und der Stimmung. Auch Eisner hat die revolutionäre Idee gefordert, weil durch sie das Volk in das Land der Schönheit geführt werden sollte. Auch der neue Prophet der sogenannten nationalen Revolution predigt eine bessere Zeit, die durch die umstürzende Lat erlangt werden könnte. Was sind uns Parlamente, Verfassungen, Gesetze, wenn sie die Rettung des Volkes verhindern! Ganz recht, Herr Dille! Aber erst muß man wissen, was man an die Stelle des Bestehenden setzen will. Dazu gehört nicht nur eine nationale Phrasologie, dazu ist mehr notwendig als der Schrei nach dem starken Manne, dazu gehört die Fähigkeit zum positiven Gestalten eines Staatswesens. Die nationalsozialistische Bewegung macht sich die Not des Volkes zunutze, um, genau so wie die Sozialisten, durch Verheißungen die Massen um ihre Fahne zu fächern. Wenn man dies tun will, ohne damit den allergrößten Schaden anzurichten, dann muß man wissen, wie man Staat und Wirtschaft auf besseren Grundlagen neu aufrichten will, wenn man das Bestehende gestürzt hat. Die verschommenen Schlagworte der Nationalsozialisten von einer Wirtschaftreform lassen befürchten, daß sie hilflos dastünden, wenn man von ihnen verlangen würde, daß sie plötzlich die Verantwortung für die Regierung übernehmen sollen. Ein Umsturz ist in revolutionären Zeiten — und wir leben noch in solchen — nicht allgünstiger zu machen. Aber daß die besten Absichten nicht in eine fürchterliche Wirklichkeit umschlagen, die im Chaos endet, das zu verhüten, das ist schwer, sehr schwer. Die Leute, die heute Hitler, diesen impulsiven Agitator, vorziehen und ihn umschließen in der Hoffnung, daß er ihnen die Wege zur Höhe ihres Heiliges bereiten könne, haben nichts von dem Jung Zuger großen Männer, nach denen Hitler ruft, und die in der Lage wären, distanzlos das ganze Volk mit einem Willen zusammenzufassen und es wirklich politisch zu führen. Mit Demagogie und fruchtloser Verheißung des Demos schafft man die Fehler der verlästerten und gewiß verheerungsbefähigten Demokratie nicht aus der Welt, sondern schafft nur eine neue Erscheinung revolutionärer Straßendemokratie.

Kurze polit. Nachrichten.

Ein Abrüstungsplan Harveys. Nach einer Meldung aus London soll Harvey nach Washington berufen worden sein um neue Vorschläge bezüglich der Abrüstung zu machen. Die er selbst ausgearbeitet hat und die seiner Meinung nach in einem neuen Vertrag zusammenzufassen sind, über den die Mächte in Washington verhandeln sollen. Diese Vorschläge gehen hinaus:

- 1. auf eine Abrüstung durch eine Volksabstimmung aller unterzeichneten Länder,
2. auf eine Volksabstimmung aller Nationen vor einer Kriegserklärung.

Harvey hat sich geweigert, sich über diese Frage in einem Interview, um das man ihn ersuchte, auszusprechen, und man wird nicht eher die Einzelheiten über diese Vorschläge erfahren, bevor Harvey sie dem Präsidenten Harding und dem amerikanischen Kabinett vorgelegt hat.

Die fälligen deutschen Schatzwechsel. Der Reparationskommission sind von der Kriegsschatzkommission die am 15. Dezember fälligen deutschen Schatzwechsel übergeben worden. Sie kanten auf 52 057 584 Goldmark. Die Differenz ist bereits durch anderweitige deutsche Zahlungen bedeckt.

Beendigung der letzten deutschen Kriegsgefangenen. Sämtliche in Toulon noch zurückgebliebenen deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden; sie werden noch vor Weihnachten nach Deutschland zurückgeführt werden.

Nikolai des belidischen Finanzministers. Finanzminister Geadrich ist zurückgetreten, weil er, wie es in seinem Schreiben an den Staatspräsidenten Nikolai heißt, nach seiner Überzeugung bei den beiden anderen Koalitionsparteien nicht mehr das Maß von Unterstützung und Vertrauen besäße, das zu Durchführung einer auf der bestehenden Koalition aufgebauten Regierungspolitik erforderlich sei. Die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei billigte diesen Schritt indem sie dem Finanzminister ihr uneingeschränktes Vertrauen aussprach.

Ausbruch des Vektas. Aus Sizilien werden gewaltige Ausbrüche des Vektas gemeldet. Große Lavaströme ergießen sich aus dem Krater in die benachbarten Weinärten und richten große Verwüstungen an.

zu halten. Eine vortreffliche Figur aus dem Himmel, sagen wir aus dem Himmelspostamt, war die Lyde Hermann Brands als Postinspektor. Aus dem Rücken des Beamtenrodes wuchsen grotesk zwei drollige Flügel hervor, spärlich, niedrig. Es scheint, daß es den Beamten im Himmel auch nicht viel besser wie auf Erden ergoht. Der liebe Petrus sah immerhin rundlicher aus, als der die vielen Weihnachtsbriefe stempelnde und sortierende Postbeamte. Doch freuen wir uns, daß einer mit gut häßlichem Dialekt das Amt dort oben versteht. Das „Wasserlände“ ist also auch dort oben vertreten. Landleute trifft man überall gerne an — insbesondere so unwiderrlich wie Hermann Brands Postinspektor mit seinem gemütlichen „Gehoh! hejho!“

Der arme schwäbische Bauerndoktor.

In der „Mündener Medizinischen Wochenschrift“ finden sich die folgenden zeitgemäßen Momentbilder aus der Praxis eines schwäbischen Bauerndoktors.

Dem reichen Stoffbauern von Hammelshausen habe ich nach Friedensmarkt verkauft. Dabei habe ich mir für je 10 Friedensmarkt einen Zentner Weizen ausgebeten und den Rest, mit dem damaligen Feuerungsindex vermehrt, in Papiermarkt gestellt.

Auau! Er: „Unser Dost'r ist narret worde. Für 10 Mark mücht'r an Zentner Weiza. Dem will i's goign. A mit's Pfriendhause ward baut und wenn's fünf Millionen kost. Bis i's a maul sell brauch, kommt dau a nuier Dost'r nei. S'geit ja quia jo Hungerleider. Für 10 Mark an Zentner Weiza! Mein narret!“

Der alte Kreuzhofbauer ist gestorben. Behandelt wurde er in seiner letzten Krankheit nicht, aber zur Leidenschau braucht man mich. Dabei liegt mir die junge Kreuzhofbauerin, des Verstorbenen Tochter: „Rei Gott! Viel hat er no leida müssa, der quate alte Vater.“ — „Worum haben Sie mich nicht rufen lassen, um seine Sümmergen zu lindern?“ — „Was? Weaga am alla Ma, deam sei Gedlie so schon auf d'Wog' gaut, heut so an nuira Dost'r heia? Was moinet Ihr denn?“ — „Sol!“ — „Ja!“

Wer a ganze Seite standesgemäßer Traueranzeige von der „untröstlichen“ Tochter ist im Wärtle g'handen und a schöna, tuira Leich mit Rutz haup't geaba: über 100 Personen sind auf'm Reichamaul g'wesa. D'Kreuzhofbauerin hat an nuira Trauermantel laufft um zwöwsaunthundertfünfzigausend Mark. Rei! Hal's Willgeid vom am halbe Monat.

III.

Zweispännig kommt der Oberbojer während der Sprechstunde angefahren. „Mei Qua hat scho 14 Tag Bauchweh. Geut g'fall't mir nimma. Fahret nur glei mit!“

Dort angekommen, finde ich einen zehnjährigen Jungen in Aktion. Schwere Blinddarmentzündung. „Der Junge wäre leicht zu reiten gewesen. Jetzt ist's zu spät, und keine Klinik der Welt könnte hier mehr helfen. Warum rufen Sie mich so spät?“ — „Ja, weaga am Bauchweh holt ma doch holt loin so tuira Dok't'r.“

Dabei hat der sparame Mann vor einigen Tagen ein Teil seines Weizens um 1 1/2 Millionen verkauft. Willgeid nimmt er jeden Monat viele Hunderttausend ein und seine Banknoten hat er flümmweise unter seiner Decke verborgen.

IV.

Wenn mir wohnt ein Tierarzt. Dem Manne geht es gut. Er hat reichlich zu tun, berechnet nach Weizenpreisen und wird auch so bezahlt. Ein Kalb und eine Sau ist eben heute doch viel wertvoller als ein Kind. Einen alten Vater vollends an Bett mit einem Kaffee oder gar einem Pferd vergleichen zu wollen, das kann überhaupt nur einem ganz „narreten“ Doktor einfallen.

Buchkritik.

Deutsches Lesebuch für die höheren Schulen. Herausgegeben unter Mitarbeit von Christian Caselmann und Dr. Hermann Ruppel von Professor Dr. Ernst Bender. Bildschmuck von Professor Württemberg, Karlsruhe 1922. Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 14.

Dieses neue Deutsche Lesebuch erscheint in 3 Bänden und gibt den Stoff für neun Klassen, also für je 3 Klassen ein Band. Jeder Band erscheint in zwei Ausgaben: Ausgabe A (Prosa), Ausgabe B (Prosa mit Gedichten). Zunächst liegt Band I (Sexta bis Quarta) (zwei Ausgaben), vor, dazu erscheint ein Heft für die Land des Lehrers.

Wenn ein Verlag es in diesen schweren Zeiten unternimmt, ein neues deutsches Lesebuch herauszubringen neben den verschiedenen vorhandenen und noch in Arbeit befindlichen ähnlichen Büchern, so konnte er das nur in der Überzeugung, mit diesem Buch einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Lesebuchs in der Muttersprache zu unterstützen. Inhalt und Ausstattung des Buches werden selbst für das beste Preis und ihm viele Freunde gewinnen. Das Werk stellt als eine sorgfältig und mit Liebe gesammelte Sammlung der besten Erzählungen und Gedichten, Märchen und Sagen, neben der Verwendung in Schulen auch ein sehr gutes und billiges Weihnachtsgeschenk dar.